



«Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen.»

Referat von Marina Carobbio Guscetti, Nationalrätin TI, Vizepräsidentin der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Was der bekannte Schweizer Schriftsteller Max Frisch vor knapp fünfzig Jahren gesagt hat, ist heute aktueller denn je: Die Wirtschaft holt Arbeitskräfte aus der EU und es kommen Menschen, die hier wohnen und arbeiten – häufig zu Löhnen, von denen sie und ihre Familien nicht anständig leben können. Dass ein Arbeitnehmender im Tessin 2900 Franken brutto pro Monat erhält, ist heute Realität.

Dies ist möglich, weil zahlreiche Unternehmer den europäischen Arbeitsmarkt zur Profitsteigerung nutzen. Sie spielen günstige Arbeitskräfte aus dem Ausland gegen einheimische aus und drücken so die hiesigen Löhne. Betriebe im Tessin ersetzen zum Beispiel immer mehr ortsansässige Angestellte durch günstigere Grenzgängerinnen und Grenzgänger und setzen damit die Löhne massiv unter Druck. Inzwischen kommen aufgrund der schweren Krise in den Mittelmeerländern auch zahlreiche Arbeitskräfte mit hohem Qualifikationsniveau, die bereit sind, in der Schweiz praktisch zu jeder Bedingung jede Arbeit anzunehmen. Vermehrt stellen viele Firmenbesitzer sogar lieber volljährige Lehrlinge aus Italien anstatt ortsansässige an, weil sie gefährliche, für Minderjährige verbotene Arbeiten ausführen können, den Führerausweis besitzen oder bereits berufliche Erfahrung haben. Diese Entwicklung wird durch die Wirtschaftskrise verstärkt und stellt die Menschen, insbesondere auch die Lehrlinge, vor untragbare soziale und wirtschaftliche Probleme.

Insbesondere Grenzregionen leiden unter solchen Dumpinglöhnen. Die Politik, die Wirtschaftsführer und die Bürgerlichen haben die betroffenen Regionen – allen voran die Grenzregionen Tessin, Genf und den Jurabogen – sich selbst überlassen. Die SP fordert für diese Regionen deshalb Sondermassnahmen, die eine Personenfreizügigkeit im Interesse der Menschen ermöglichen:

- **Fokus-Regionen:** Branchen, in denen vermehrt Lohnunterbietungen und überdurchschnittliche Zuwanderung auftreten, können heute zu Fokus-Branchen mit besonderen Massnahmen erklärt werden. Ein gleiches Instrument braucht es für stark betroffene Regionen. In diesen Fokus-Regionen sollen eine erleichterte Allgemein-Verbindlich-Erklärung von Gesamtarbeitsverträgen, kantonale Normalarbeitsverträge und eine Erhöhung der Kontrolldichte möglich sein.
- Diese Regionen bedürfen zusätzlicher und strikterer Kontrollen gegen Lohndumping sowie weitergehende Kompetenzen der Tripartiten Kommissionen.

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Was für den Arbeitsmarkt gilt, gilt weitgehend auch für den Wohnungsmarkt: Die Schweizer Wirtschaft holt immer mehr Arbeitskräfte aus der EU, die hier arbeiten und wohnen. Während auf dem Arbeitsmarkt zahlreiche Unternehmer die Arbeitskräfte

gegeneinander ausspielen, profitieren auf dem Wohnungsmarkt gewinnorientierte HausbesitzerInnen und Immobilienfirmen auf Kosten der Menschen, indem sie die Mieten explodieren lassen. Während Schutzmassnahmen gegen Lohndumping viel zu wenig greifen, fehlen sie auf dem Wohnungsmarkt gänzlich.

Der Bundesrat hat zwar in seinem Bericht vom 4. Juli 2012 über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz auf die Wohnungsmarktp Probleme im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum hingewiesen, aber bis jetzt noch keine taugliche Schritte gegen Wohnungsknappheit und steigende Mieten unternommen. Von den anhaltend tiefen Zinsen profitieren in erster Linie die LiegenschaftsbesitzerInnen, die auf dem Buckel der MieterInnen und Mieter so ihre Rendite erhöhen können. Ein grosser Teil dieser Mieterhöhungen erklärt sich aus den hohen Aufpreisen bei Neuvermietungen.

Die SP fordert deshalb auch flankierende Massnahmen für den Wohnungsmarkt mit dem Ziel, die Personenfreizügigkeit im Interesse aller zu gestalten:

- Der Bund muss mehr **Mittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau** zur Verfügung stellen. Gleichzeitig ist die Anwendungsmöglichkeit für Darlehen aus dem Fonds de roulement auszuweiten und grosszügiger zu handhaben.
- Mittels einer verbindlichen **Formularpflicht** muss den NeumieterInnen und -mietern der bisherige Mietzins mitgeteilt sowie eine allfällige Mietzinsänderung begründet werden, um so ungerechtfertigte Erhöhungen zu verhindern. Infolge der fehlenden Transparenz sind solche Missbräuche heute kaum belegbar.
- Der Bund soll Kantonen und bestimmten Regionen die Möglichkeit gewähren, den **Aufschlag der Anfangsmieten zeitlich und geografisch fokussiert zu beschränken**. Somit können die heute häufig exorbitanten Mietzins erhöhungen bei Neuvermietungen in Zentrumslagen verhindert werden. Voraussetzung dafür ist die Transparenz dank Formularpflicht.

Wohnraum ist Lebensraum. Die Politik muss handeln damit das Recht an erschwinglichen Wohnungen für die ganze Bevölkerung in der ganzen Schweiz gewährleistet ist.

Als auf Druck der Schweizer Wirtschaft die Personenfreizügigkeit eingeführt wurde, haben Linke und Gewerkschaften nur unter der Bedingung zugestimmt, dass mit sogenannten flankierenden Massnahmen Dumpinglöhne verhindert werden. Jetzt sind eine Verstärkung und eine Erweiterung der flankierenden Massnahmen dringend notwendig. Sollte diesen Forderungen nicht Rechnung getragen werden, wird die SP die Weiterführung der Personenfreizügigkeit in der Abstimmung über die Ausdehnung auf Kroatien nicht unterstützen.